

*gute
W. H. 11/5*

B e r i c h t

über

die Verwaltung und den Stand

der

Gemeindeangelegenheiten

des Amtes Olpe

und

der Gemeinden des Amtes

für

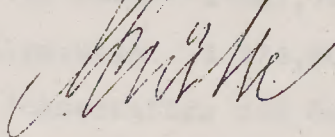
die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1927.

Der Amtsversammlung und den Gemeindevertretungen von Kleusheim, Olpe-Land und Rhode gebe ich nachstehend Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten für die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1927. Für diesen Zeitabschnitt in der der Höhepunkt der Wirtschaftskrise des vergangenen Jahres fiel, ist an Arbeit und Sorgen der Verwaltung und der einzelnen Vertretungen besonders viel zu verzeichnen. Aber auch über mangelhaften Erfolg kann berichtet werden.

Das Interesse, welches der im vergangenen Jahre zum ersten Male erstattete Verwaltungsbericht gefunden hat, war mir Veranlassung, den diesjährigen Bericht zu erweitern und zur besseren Uebersicht ein neues Schema für den Aufbau festzulegen, nach dem auch künftig, um Einheitlichkeit zu erzielen, der Bericht abgefasst werden soll.

Olpe, den 4. April 1927.

Der Amtmann



I. Natürliche Beschaffenheit und Bevölkerung.

a) Beschaffenheit des Amtsbezirks.

Das Amt Olpe umfasst ausweislich der Katasterbücher nach dem Stande vom 31. Dezember 1926 einen Flächenraum von 6 267 ha 55 ar mit einem Katastralreinertrag von 10 464 Taler und einem staatlichen Grundvermögenssteuerertrage von 8 840,64 RM.

Von dem staatlichen Grundvermögenssteuersoll entfallen

auf die Gemeinde Kleusheim	1 539,24 RM
" " " Olpe-Land	3 510,72 RM
" " " Rhode	3 790,68 RM

Von der Gesamtfläche des Amtsbezirks sind im Eigentum

der Gemeinde (Schulverbände eingeschl.) Kleusheim	76,35 ha
" " " " Olpe-Land	43,59 ha
" " " " Rhode	29,47 ha

Im Eigentum der Jahnschaften und Konsortenschaften befinden sich

in der Gemeinde Olpe-Land	1 057,79 ha
" " " Kleusheim	1 174,80 ha

Die Grundstücke der Jahnschaften und Konsortenschaften werden zum weitaus grössten Teile als Niederwald genutzt. Der so notwendigen Ueberführung des Niederwaldes in Hochwald stehen grosse Schwierigkeiten entgegen, weil auf einem grossen Teile der Jahnschaftsgrundstücke eine Hudebelastung ruht.

An öffentlichen Strassen und Wegen sind im Amtsbezirk vorhanden :

21,3 km Provinzialstrassen, 19,010 km befestigte Gemeindewege.

Von den befestigten Gemeindewegen entfallen

auf

auf die Gemeinde Kleusheim	3,870	km
" " " Olpe-Land	5,810	km
" " " Rhode	9,330	km

Seit länger als einem Jahre schwebt zwischen der Stadt Olpe und der Gemeinde Olpe-Land ein Verwaltungsstreitverfahren wegen Grenzstreitigkeiten. Die Stadt Olpe behauptet, die Ortschaften Kirchesohl, Ronnewinkel und Rosenthal hätten stets zur Stadt Olpe gehört und seien auf Grund eines Kreisausschussbeschlusses vom 24. September 1894 widerrechtlich von der Stadt Olpe abgetrennt worden. Aus alten Akten und Urkunden konnte der Beweis erbracht werden, dass das strittige Gebiet von je her zur Landgemeinde Olpe gehört hat und von dieser verwaltet worden ist. Von den zahlreichen noch vorhandenen urkundlichen Beweisen datieren die ersten aus dem Jahre 1842.

b) Bevölkerung.

Die Bevölkerungsaufnahme am 10. Oktober 1926 zum Zwecke der Steuerveranlagung ergab als ortsanwesend 2 065 männliche und 2 058 weibliche Personen, zusammen 4 103 (4030) Personen.

Davon entfallen :

auf die Gemeinde Kleusheim	842	+(830)	Personen
" " " Olpe-Land	1 663	(1650)	"
" " " Rhode	1 598	(1550)	"

Zur Anmeldung gelangten im Bezirke insgesamt 142 (197) Personen, zur Abmeldung 239 (140) Personen.

Es wurden 656 selbstständige Haushaltungen gezählt.

c) Uebersicht über die Geburten, Eheschliessungen und Sterbefälle.

	Geburten	Eheschliessungen	Sterbefälle
In der Gemeinde Kleusheim	29 (27)	5 (3)	12 (10)
" " " Olpe-Land	47 (59)	11 (13)	16 (19)
" " " Rhode	38 (40)	6 (5)	11 (9)
	114 (126)	22 (21)	39 (38)

+ Im Folgenden sind die Zahlen des Berichtsjahres 1925/26 in Klammern angeführt.

II. Verwaltung des Amtes und der Gemeinden.

a) Amtmann.

Das Amt Olpe wurde bis zum 1. Oktober 1900 in Personalunion mit der Stadt Olpe vom Bürgermeister der Stadt Olpe verwaltet. Der erste Leiter der eigenen Amtsverwaltung war der Amtmann Fritz Althaus, welcher am 1. April 1925 in den Ruhestand getreten und am 20. Februar 1926 in seiner Heimatstadt Medebach verstorben ist. Vom 1. April 1925 bis 5. August 1925 wurde das Amt Olpe von dem Diplom Volkswirt Josef Schütte kommissarisch verwaltet, der dann von dem Herrn Oberpräsidenten vom 5. August 1925 ab auf die Dauer von 12 Jahren zum Amtmann für das Amt Olpe ernannt wurde.

b) Amts - und Gemeindeverordnete.

Veränderungen in der Amtsvertretung und in den Vertretungen der Gemeinden des Amtes sind für das Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

Es haben im Berichtsjahre

4	Sitzungen	der	Amtsversammlung
5	"	"	Gemeindevertretung Kleusheim
9	"	"	" Olpe-Land
12	"	"	" Rhode

stattgefunden.

c) Beamte und Angestellte.

1. Die Zahl der Beamten und Angestellten betrug im Berichtsjahre 9 gegen 7 in der Vorkriegszeit. Infolge starker Vermehrung der Arbeiten bei der Kassenverwaltung war die Einstellung einer weiteren Kraft notwendig geworden. Vom 1. Oktober ab wurde der Beamtenanwärter Maiworm der Amtskasse überwiesen. Als Ersatz wurde bei der Amtsverwaltung eine Stenotypistin angestellt. Durch die Uebertragung

tragung

II.

925/26 in

ler
reit=
aupt=
hal
eines
echt=
kten
is
ort
rei=
die

zum
2 065
3(4030)

en

mt 142

en ge=
gen und
Sterbe-
fälle
12 (10)
16 (19)
11 (9)
39 (38)
925/26 in

Uebertragung vieler neuer Aufgaben an die Gemeinden und durch die infolge der staatlichen und wirtschaftlichen Umwälzung und Neuordnung in der Nachkriegszeit mehr oder weniger notwendig gewordenen vielen Gesetze und Verordnungen, insbesondere auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens, ist eine erhebliche Steigerung der Verwaltungsarbeiten entstanden. Die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge und von mehreren grossen Notstandsarbeiten hat im Berichtsjahre die Verwaltungsarbeit beim Amte sehr stark vermehrt.

III. Die zur Ausführung gelangten und in Erwägung
gezogenen grösseren Projekte.

a) Gemeinde Kleusheim.

1. Der schon seit langen Jahren gehegte Wunsch der Ortschaft Rehringhausen nach Erbreiterung und Härtung des Weges von Stachelau nach Rehringhausen konnte im Berichtsjahre verwirklicht werden. Für den Wegebau wurde nach langen Verhandlungen die Grundförderung aus der Erwerbslosenfürsorge bewilligt. Die verstärkte Förderung (Darlehn) wurde vom Regierungspräsidenten wegen Mangel an Mitteln abgelehnt. Der Wegebau wurde am 14. September 1926 begonnen und am 19. März beendet. Die Gesamtkosten betragen rund 16 000 RM. Es wurden 1521 Erwerbslosentagwerke geleistet. Die Gemeinde erhält sonach als Zuschuss aus der Erwerbslosenfürsorge einen Betrag von 3 239,73 RM als Grundförderung. Der restliche Betrag ist bei der Landesbank langfristige zu einem Zinssatz von 6 % und 1 % Tilgung angelegten.
lichen.
2. Der Ausbau einer neuen Strecke von Neuenkleusheim über Kruberg, Rahrbach nach Welschenennest wurde im Sommer des Jahres 1926 in Erwägung gezogen. Am 23.3.1927 fand ein Begang dieser Wegestrecke durch die Vertreter der beteiligten Gemeinden und Vertreter der interessierten Wirtschaftskreise

Wirtschaftskreise im Beisein des Herrn Landrats statt. Für die Gemeinde Kleusheim, insbesondere für den Ort Neuenkleusheim sind z.Zt. überhaupt keine Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Der nach Neuenkleusheim führende, gut ausgebaute Weg, endigt im Orte. Durch die geplante Strasse erhielt Neuenkleusheim eine neue Verkehrsverbindung mit einem wichtigen Wirtschaftsgebiete des Kreises und des Siegerlandes. Man kann also wohl hoffen, dass durch die neue Strasse die Möglichkeit einer Entwicklung der Gemeinde Kleusheim gegeben wird.

3. Nach langen schwierigen Verhandlungen und umfangreichen Feststellungen wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Schulvorstände und der Gemeindevertretungen Kleusheim und Olpe-Land am 9. Dezember 1926 der Bildung eines Gesamtschulverbandes Neuenkleusheim-Grube Rhonard zugestimmt. Damit kommt in der Gemeinde Kleusheim eine Mehrstelle in Wegfall und es tritt eine Ersparnis von rund 3 200 RM jährlich ein. Diese Ersparnis soll zum grössten Teil zur Finanzierung des dringend notwendigen Schulneubaues in Altenkleusheim, der hoffentlich im Jahre 1928 in Angriff genommen werden kann, verwandt werden.

b) Gemeinde Olpe-Land.

1. Am 22. Januar 1926 beschloss die Gemeindevertretung den Ausbau des Weges nach Günsen. Dieser Wegebau wurde am 3. März 1926 begonnen und am 11. Juli fertiggestellt. Es sind insgesamt 1 697 Erwerbslosentagewerke geleistet. Die Gesamtkosten betragen 16 022,86 RM. Als Zuschuss wurde aus der Erwerbslosenfürsorge ein Betrag von 3 614,61 RM als Grundförderung gezahlt, als verstärkte Förderung ein Darlehn aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge von 8 600 RM zu 5 % Zinsen, rückzahlbar in 10 gleichen Jahresraten.

Am

Am 1. Juli 1926 wurde der Ausbau des Weges nach Samicke als kleine Notstandsarbeit beschlossen. Mit den Arbeiten wurde am 25. August begonnen, fertiggestellt war der Weg am 16. Oktober. Die Gesamtkosten betragen 3 679,20 RM. Es sind 402 Erwerbslosentagewerke geleistet. Der Zuschuss (Grundförderung) betrug 856,- RM. Der restliche Betrag zur Finanzierung wurde bei der Landesbank angeleihen.

2. Um zur Förderung der Rindviehzucht etwas Durchgreifendes zu tun, stimmte die Gemeindevertretung nach umfangreichen und gründlichen Vorarbeiten des Gemeindevorstehers Kleine, der Errichtung einer Gemeindebullenhaltung zu. Von dieser gemeinnützigen Einrichtung ist vieles für die Hebung der Rindviehzucht zu erwarten. Hoffentlich folgen die beiden anderen Gemeinden bald dem Beispiel der Gemeinde Olpe-Land.

c) Gemeinde Rhode.

1. Der am 23. 11. 1925 beschlossene Ausbau des Negertalweges wurde am 4. Mai 1926 beendet. Die Gesamtkosten betragen 18 807,05 RM. Es wurden 2 170 Erwerbslosentagewerke geleistet. Als Zuschuss aus der Erwerbslosenfürsorge (Grundförderung) wurden 4 622,- RM gezahlt, als verstärkte Förderung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Darlehen von 9 700,- RM, unter den bereits im vorigen Absatz hervorgehobenen Bedingungen. Aus dem Provinzialwegebau-fonds wurde eine Beihilfe von 2 560,- RM gewährt.

Am 1. April 1926 wurden die Arbeiten an der Teilstrecke der Biggetal Strasse Stade-Niederstenhammer begonnen. Die Arbeiten waren außerordentlich schwierig. In einer Länge von etwa 100 Meter musste das Wegeplanum in einen fast 20 Meter hohen, steil abfallenden Grauwacken-felsen eingesprengt werden. Der Regierungspräsident hat in Anbetracht dieser Schwierigkeiten die Förderungsfrist

auf

auf die Höchstdauer von 6 Monaten, also bis zum 31. September verlängert. Bis zu diesem Tage war der Wegebau fertiggestellt bis auf die Ausführung einiger Nebenarbeiten. Es sind bis zu diesem Tage 4 363 Erwerbslosentagewerke geleistet. Eine Abrechnung des Wegebauwesens durch den Herrn Regierungspräsidenten ist noch nicht erfolgt. Aus dem Provinzialwegebaufonds ist im Rechnungsjahre 1927 eine Beihilfe in Höhe von 1/5 der zu Lasten der Gemeinde verbleibenden Kosten zugesagt. Der weitergehende Plan auf Fortführung der Biggetal Strasse von Niederstenhammer bis Sondern konnte im Berichtsjahre nicht verwirklicht werden. Auch im neuen Rechnungsjahre ist die Ausführung des Planes wegen der ausserordentlich schlechten Finanzlage der Gemeinde Rhode nicht möglich.

2. Nach vielen Bemühungen des Gemeindevorstehers Dr. Sondermann hat die Reichsbahn die Errichtung einer Güterladestelle in Sondern genehmigt unter der Bedingung, dass die Ausführung auf Kosten der Gemeinde Rhode erfolgt. In Anbetracht der Bedeutung der Güterladestelle für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde hat die Gemeindevertretung in der Sitzung vom 14. Februar 1927 die erforderlichen Kosten bewilligt.

3. Nach vielen und schwierigen Verhandlungen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, beschloss die Gemeindevertretung von Rhode am 27. August 1926 die Errichtung eines Schulneubaus in Sondern, umfassend 2 Klassenräume und eine 3 Zimmerwohnung im Dachgeschoss für eine unverheiratete Lehrperson. Die Kosten werden voraussichtlich 45 000 RM betragen. Die Hälfte dieser Kosten werden durch staatliches Baudrittel und eine staatliche Baubeihilfe gedeckt.

IV. Bau- und Wohnungswesen.

a) Tiefbau.

Die im Berichtsjahre ausgeführten Wegeneubauten

sind

sind im Abschnitt III. bereits aufgeführt. Auf die Ausführungen an dieser Stelle wird verwiesen.

An den vorhandenen Wegen waren viele Ausbesserungsarbeiten erforderlich, die zum Teil durch Erwerbslose (Pflichtarbeit) ausgeführt werden konnten. Die von den Gemeinden aufzubringenden Kosten waren aber trotzdem noch erheblich. Von grösseren Arbeiten sind hervorzuheben, in der Gemeinde Olpe-Land die Ausbesserung einer Teilstrecke des Weges nach Thieringhausen, welche einen Kostenaufwand von 1 850,- RM. erforderte. In der Gemeinde Rhode die Ausbesserung einer Teilstrecke der Olpe-Attendorner Strasse von der Attendorner Grenze bis Sondern, die Aufbringung einer neuen Decke auf der gleichen Strasse in der Ortschaft Sondern, sowie Härtung des Verbindungsweges vom Kapellchen in Hohl bis zur Schule in Rhode. Diese Arbeiten erforderten einen Kostenaufwand von rund 2 500,- RM. Zur Beaufsichtigung der öffentlichen Wege und Ausführung kleinerer laufender Instandsetzungsarbeiten hat die Gemeinde Rhode im Berichtsjahre erstmalig einen Wegewärter angestellt.

b) Hochbau.

Die von der Gemeindevertretung Rhode am 27. August 1923 beschlossene Errichtung eines Schulneubaues in Sondern konnte im Berichtsjahre noch nicht in Angriff genommen werden, weil die Regierung hinsichtlich des Bauplatzes neue Forderungen stellte.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurden sämtliche Schulgebäude des Amtsbezirks durch die Schulvorstände unter Zuziehung des Kreisbaumeisters besichtigt. Die festgestellten Mängel sind in den Gemeinden Kleusheim und Olpe-Land restlos, in der Gemeinde Rhode zum grössten Teile beseitigt.

c)

c) Privatbautätigkeit.

Der Zugang an neuen Wohngebäuden betrug

in der Gemeinde Kleusheim	2
" " " Olpe-Land	3
" " " Rhode	1

Trotz eines verhältnismässig grossen Bedarfs an neuen Wohnungen war die Neubautätigkeit im Amtsbezirk in den letzten Jahren sehr gering, weil nennenswerte Hauszinssteuermittel nicht zur Verfügung stehen. Der grösste Teil der Anträge auf Gewährung eines Hauszinssteuerdarlehns konnte überhaupt nicht berücksichtigt werden, selbst in den allerdringlichsten Fällen war das Hauszinssteuerdarlehn so niedrig bemessen, dass die Gesamtfinanzierung des Neubaus kaum tragbar war. Aus dem gemeindlichen Aufkommen an Hauszinssteuer im Amtsbezirke stehen für Neubaupwecke jährlich etwa 4 000,- RM zur Verfügung. In Berichtsjahre wurden an Hauszinssteuer aus dem gemeindlichen Aufkommen 4 900,- RM bewilligt. Es konnten aber bisher nur 2 900,- RM ausgezahlt werden, weil zunächst die noch rückständigen Beträge der schon im vergangenen Jahre bewilligten Hypotheken mit 2 000,- RM ausgezahlt werden mussten. Aus dem Wohnungsfürsorgefonds sind dagegen im Jahre 1926 6 500,- RM bewilligt und ausgezahlt worden.

Dass mit dem äusserst geringen gemeindlichen Aufkommen an Hauszinssteuer der Wohnungsnot in keiner Weise gesteuert werden kann, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. So sind denn die Wohnungsverhältnisse im Amtsbezirk teilweise recht ungünstig. Bei einer Erhebung über den Bedarf an Wohnungsneubauten hat sich herausgestellt, dass eine ganze Anzahl von Familien mit 5-8 Personen 2 Räume, deren Gesamtgrösse in vielen Fällen noch nicht 20 qm beträgt, bewohnen. Die schlechten Wohnungsverhältnisse sind

sind der Regierung mehrfach geschildert worden. Nach einer Information an Ort und Stelle durch den Herrn Regierungsrat Gröpler hat die Regierung für das Jahr 1927 ausserordentlich 30 000 RM aus dem Wohnungsfürsorgefonds zur Verfügung gestellt. Aus der Zahl der Baureflektanten wurden von der Amtsversammlung 12, deren Anträge nach der Höhe der Kinderzahl und Grösse der gegenwärtigen Wohnung die dringlichsten sind, für Gewährung eines Hauszinssteuerdarlehns in Vorschlag gebracht. Die Gesamtkosten für jedes Haus belaufen sich auf rund 9 000 RM. Die Finanzierung wird vom Amte durchgeführt und zwar wird für jedes Haus von dem zur Verfügung gestellten Betrage aus dem Wohnungsfürsorgefonds ein Hauszinssteuerdarlehn von 3 000 RM bewilligt. Die restlichen Kosten von 6 000 RM werden gedeckt durch ein Darlehn von der Landespfandbriefanstalt mit 6 % Verzinsung und 1 % Tilgung, für welches die Gemeinden die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen haben. Die Vergabe der Lieferungen und Arbeiten zu den einzelnen Neubauten und die Bauleitung liegen in der Hand des Amtes, welches als Sachwalter der einzelnen Baureflektanten auftritt.

V. Schulverwaltung.

Die Zahl der Schulkinder betrug

in der Gemeinde Kleusheim	143	(160)
„ „ „ Olpe-Land	230	(249)
„ „ „ Rhode	271	(327)

Die Ausgaben für die Volksschulen sind infolge der vollständigen Aenderung, die das Volksschullehrerdienst einkommengesetz vom 17.12.1920 hinsichtlich der Aufbringung der persönlichen Volksschullasten brachte, sehr erheblich gestiegen. Gemäss § 35 des Gesetzes sind alle Schulverbände zur Aufbringung und zum Ausgleich der persönlichen

persönlichen Volksschullasten zu einer Landesschulkasse vereinigt. Diese erhält die erforderlichen Geldmittel zum weitaus geringsten Teile (noch nicht $\frac{1}{4}$) gemäss § 41 ff durch Staatsbeiträge. Zur Aufbringung des hierdurch nicht gedeckten Bedarfs sind gemäss der §§ 45 und 46 die Schulverbände verpflichtet. Die von den Schulverbänden an die Landesschulkasse zu leistenden Stellenbeiträge stellen in den Etats unserer Gemeinden die höchste Ausgabeposition dar. Gegenüber diesen, infolge der neuen gesetzlichen Bestimmungen gesteigerten Ausgaben sind die Einnahmen an Beschulungsgeld aus der Landesschulkasse und an staatlichen Ergänzungszuschüssen gegenüber der Zeit vor Inkrafttreten des Volksschullehrerdienststeinkommengesetzes verhältnismässig sehr erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1912 in den Gemeinden unseres Amtes durch die Staatsbeiträge zur Lehrerbesoldung und die Ergänzungszuschüsse 78 bis 86 % der gesamten Ausgaben gedeckt wurden, werden jetzt durch das Beschulungsgeld und die Ergänzungszuschüsse 56 bis 68 % der Gesamtausgaben gedeckt. Näheren Aufschluss hierüber gibt die nachfolgende Aufstellung.

Name

Name der Gemeinde.	Im Jahre	Zahl der Kin- der	Zahl der Lehrstel- len		Persön- liche und sächliche Kosten RM	Staatszu- schüsse Beschul- ungsgel- der etc. RM	Es vor- bleiben als rei- ne Ge- meinde- lasten. RM
			Nor- male	Mehr- stel- len			
Kleusheim	1912	178	3		7526,29	6450,66	835,94
"	1913	172	3		7419,58	6820,00	799,58
"	1925	158	3	1	16012,74	10980,00	4950,00
"	1926	142	3	1	16854,80	10404,00	6458,80
Olpe-Land	1912	295	4		9928,00	7745,00	2184,00
"	1913	298	4		10949,36	7650,00	3299,36
"	1925	249	5		21272,12	13510,00	7762,12
"	1926	242	5		20200,00	13300,00	6900,00
Rhode	1912	263	5		10309,32	8137,10	2172,22
"	1913	278	5		10538,38	9236,64	1301,74
"	1925	327	6	1	27316,18	15360,00	11956,18
"	1926	322	6	1	28000,00	15360,00	12640,00

Die Bildung eines Gesamtschulverbandes Neuenkleus-
heim-Grube Rhonard wurde schon in Abschnitt III erwähnt.
Auf Antrag der Gemeinde Drolshagen-Land stimmte die Ge-
meindevertretung Rhode in der Sitzung vom 18. Januar 1927
der Bildung eines Gesamtschulverbandes Dumicke-Hitzendu-
micke, desgleichen in der Sitzung vom 18. März 1927 auf An-
trag der Gemeinde Helden der Bildung eines Gesamtschul-
verbandes Kirchweisdede-Neuenwald zu. Durch die Bildung
dieser beiden Gesamtschulverbände erwachsen der Gemeinde
Rhode keine finanziellen Verpflichtungen, die Gemeinden
Drolshagen-Land und Helden erhalten für die die Schulen
des Gesamtschulverbandes besuchenden Kinder, lediglich
das staatliche Beschulungsgeld.

Die Schulgesundheitsfürsorge kam im Berichts-
jahre

Schu
Neuenki
Altenkl
Rehring
Lüttring
Rübling
Sasemich
Thiering
Rhode
Neger
Sonderu
Stade

Berichtsjahre zum ersten Male nach langen Jahren durch den Kreismedizinalrat Dr. Scholand zur Durchführung. Ueber sämtliche Kinder ist ein Gesundheitsbogen angelegt worden. Näheres über den Gesundheitszustand der Kinder ist aus der folgenden Aufstellung zu ersehen.

Schule in	Zahl der Kinder	Ernährungszustand			Lungen-tuber-kulose	Skro-fulo-se	Blut-armut	Kropf-anlage bezw. Bil-dung
		gut	genü-gend	man-gel-haft				
Neuenkleusheim	71	13	52	6	-	7	-	8
Altenkleusheim	32	15	16	1	-	3	-	-
Rehringhausen	37	14	15	8	2	2	-	5
Lütringhausen	58	19	33	6	-	2	3	-
Hüblinghausen	53	16	24	13	1	-	2	6
Sassmücke	45	22	17	6	-	-	-	-
Thieringhausen	70	14	53	3	-	3	-	-
Rhode	135	28	89	18	1	1	3	25
Neger	35	6	18	9	-	4	-	1
Sontern	44	19	21	4	-	-	-	-
Stade	45	11	34	-	-	1	-	3

VI. Fürsorgewesen.

Die gesetzliche Grundlage des Fürsorgewesens bilden die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 30.2.1924 und die Preussische Ausführungsverordnung vom 17.4.1927. Als Träger der Fürsorge ist durch die Bestimmungen dieser Verordnungen der Kreis als Bezirksfürsorgeverband bestimmt.

Gemäss einer Vereinbarung mit den Stätten und den Ämtern vom 16. Juni hat der Kreisausschuss auf Grund

des § 15 der Preussischen Ausführungsverordnung durch Beschluss vom 4. Juli 1924 diesen die Durchführung

1. der Armenfürsorge einschl. der Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige ,
2. die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,
3. die Fürsorge für Sozialrentner und Kleinrentner übertragen, weil die Erledigung dieser Aufgaben auch bisher von den Gemeinden bzw. von den Ämtern erfolgt war. Die Gemeinden hatten die entstehenden Kosten zu tragen und es wurde ihnen dafür die nach der 3. Steuer-
notverordnung dem Bezirksverbande zur Deckung der Fürsorgeausgaben anerkannten 2/8 Anteile der im Bezirk des Fürsorgeverbandes aufkommenden Hauszinssteuer zur Verfügung gestellt. Vom 1. April 1926 ab ist eine Änderung insofern eingetreten, als auf Antrag mehrerer Ämter hinsichtlich der Lastenverteilung die gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung kommen. Hier-
nach hat der Bezirksfürsorgeverband 70 % und die beteiligte Gemeinde 30 % der Ausgaben für Fürsorgezwecke zu tragen.

a) Armenfürsorge.

Es wurden verausgabt in der Gemeinde

	Kleusheim RM	Olpe-Land RM	Rhode RM
an laufenden und einmaligen Unterstützungen	120,- (70,-)	330,- (220,-)	1236,- (1000,-)
an Krankenhauspflegekosten	1000,- (1380,-)	1400,- (450,-)	1600,- (1700)
Gesamt:	1120,- RM	1730,- RM	2836,- RM

Von diesen Beträge erstattet 70 % der Kreis, 30 % verbleiben zu Lasten der Gemeinden.

b)

bes
vat
elt
zur

Kind
der
2 (
steh
gabe
Rhod

Wirts
währen
hatte
1. Apri
pfänge
pfänge
am 1.4.
werbslo
der Erw
stellun

b) Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Zusatzrenten werden gezahlt für 5 (2) Schwerkriegsbeschädigte, 11 (14) Kriegerwitwen, 6 (6) Vollwaisen, 37 (37) vaterlose Waisen, 4 (3) Kriegselternanteile und 5 (6) Kriegselternpaare. Insgesamt ist die Summe von 11 012,15 RM (10652,-RM) zur Auszahlung gelangt.

c) Lungenfürsorge.

Im Jahre 1926 wurden 7 (10) an Skrofulose erkrankte Kinder Heil- und Kuranstalten zugeführt und zwar 2 (1) Kind aus der Gemeinde Kleusheim, 3 (7) aus der Gemeinde Olpe-Land und 2 () aus der Gemeinde Rhode. Die Gemeinden haben $\frac{1}{3}$ der entstehenden Kosten zu tragen. Hiernach hat Kleusheim eine Ausgabe von 100,-RM (25,-RM), Olpe-Land 9 450,-RM (310,-RM) und Rhode 79,-RM (60,-RM) .

d) Erwerbslosenfürsorge.

Das ganze Berichtsjahr stand im Zeichen einer schweren Wirtschaftskrise. Besserung ist allmählich und fühlbar erst während der letzten Monate eingetreten. Die Erwerbslosenziffer hatte im März und April 1926 den höchsten Stand erreicht . Am 1. April 1926 waren im Amtsbezirk 367 Hauptunterstützungsempfänger = 8,8 % der Bevölkerung vorhanden. Als Zuschlagsempfänger kamen noch hinzu 121 Eheleute und 314 Kinder, sodass am 1.4. 802 Personen = 19 % der Gesamtbevölkerung auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen waren. Näheres über den Stand der Erwerbslosigkeit ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung.

Monat	Unterstützungsempfänger		Zusammen	Zuschlagsempfänger		
	männl.	weibl.		a) Ehegatten	b) Kinder usw.	
1. April	324	43	367	121	314	ergeb
15. "	314	41	355	113	308	
1. Mai	291	23	314	118	312	ganze
15. "	313	23	336	124	310	Woche
1. Juni	325	21	346	127	324	vom 2
15. "	273	18	291	108	278	der E
1. Juli	255	-	255	103	273	11, a
15. "	251	-	251	103	258	Betra
1. August	220	-	220	98	251	1/8 zu
15. "	206	-	206	87	238	
1. September	231	-	231	96	247	
15. "	216	-	216	92	239	a
1. Oktober	186	-	186	84	189	
15. "	186	-	186	84	189	
1. November	162	-	162	70	174	erlas
15. "	172	-	172	70	186	Ausse
1. Dezember	169	-	169	75	184	
15. "	162	-	162	72	181	
1. Januar 1927	191	-	191	78	186	
15. "	185	-	185	72	177	
1. Februar	135	-	135	53	137	
15. "	129	-	129	50	132	
1. März	98	-	98	43	105	ersta
15. "	58	-	58	35	92	tunge

In der Zeit vom 1. April 1926 bis 15. März 1927 sind an Erwerbslosenunterstützungen 99 872,34 RM verausgabt. Die

Gemeinden

Die Gemeinden haben hiervon 1/18 zu tragen, sodass sich

für die Gemeinde Kleusheim	1 252,47 RM
„ „ „ Olpe-Land	2 271,54 „
„ „ „ Rhode	1 274,87 „
	5 498,88 „

ergehen.

Im November und in den folgenden Monaten lief für eine ganze Anzahl Erwerbslose die Höchstunterstützungsdauer von 52 Wochen ab. In dringlichen Fällen musste gemäss der Verordnung vom 22. November 1926 die Krisenfürsorge gewährt werden. Die Zahl der Empfänger der Krisenfürsorge betrug am 1.12. 7, am 1.1.1927 11, am 1.2. 6, am 1.3. 10 und am 15.3. 12. Verausgabt wurde der Betrag von 1 672,34 RM. Die Gemeinden haben von diesem Betrage 1/8 zu tragen.

VII. Polizeiverwaltung.

a) Strafpolizei.

Im Berichtsjahre wurden 69 polizeiliche Strafverfügungen erlassen. Die eingegangenen Straf gelder belaufen sich auf 393,-RM.

Ausserdem wurden

- 5 Anzeigen wegen Diebstahl,
- 4 „ „ Betrug,
- 4 „ „ Sachbeschädigung,
- 3 „ „ Sittlichkeitsverbrechen,
- 1 Anzeige „ Hehlerei und
- 1 „ „ Beamtenbeleidigung

erstattet. Es erfolgten 3 vorläufige Verhaftungen und 2 Verhaftungen auf Grund eines Haftbefehls.

b) Feuerpolizei und Feuerwehr.

Im Laufe des Jahres wurden im ganzen Amtsbezirk die durch Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 25.11.1907 vorgeschriebene Feuerschau abgehalten. In sehr zahlreichen Fällen war die

Sicherung

Sicherung der Feuerstellen und Schornsteine eine ungenügende. Ausgab in zahlreichen Fällen die unsachgemässe Reparatur von Sicherungen bei elektrischen Anlagen zu Beanstandungen Anlass. Bei der Nachrevision waren die Mängel grösstenteils beseitigt.

Im vergangenen Jahre brannten 3 Wohnhäuser (4) und 1 Scheune ab. Die Eigentümer sind Anton Wacker in Rüblinghausen, Josef Grebe in Thieringhausen, Robert Harnischmacher in Rhonard und Wilhelm Stuff in Hohl.

Im Amtsbezirk ist eine freiwillige Feuerwehr und zwar die freiwillige Feuerwehr in Stachelau, vorhanden, welche 28 aktive Mitglieder zählt. Im Interesse eines wirksamen Feuerschutzes wäre die Bildung weiterer freiwilliger Feuerwehren, allerdings für grössere Bezirke sehr erwünscht.

3) Sonstige Polizeisachen.

Im Laufe des Jahres wurden 35 Nahrungsmittelproben aus den einschlägigen Geschäften des Bezirks entnommen, ferner 11 Milchproben. Nur in einem Falle musste eine Beanstandung erfolgen.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. An ansteckenden Krankheiten waren zu verzeichnen.

7 Fälle Scharlach, 2 Fälle Diphtherie und 2 Fälle Lungentuberkulose.

VIII. Steuerverhältnisse.

Während des Berichtsjahres wurden die Rechnungsanteile der Gemeinden des Amtes für die Ueberweisungen aus der Reichseinkommenssteuer und der Umsatzsteuer erhöht, nachdem zuvor umfangreiche Aufstellungen über die steuerlichen Verhältnisse aus der Vorkriegszeit der Aufsichtsbehörde eingereicht worden waren. So betrug z.B. die Erhöhung der Einkommenssteuer in der Gemeinde Rhode 63,-RM. die Erhöhung der Umsatzsteuer in der Gemeinde Kleusheim fast 1000,-RM.

Während

Während des letzten Berichtsjahres ist viel von
Finanzausgleich geschrieben und gesprochen worden und insbeson-
dere ist immer wieder die Forderung erhoben, den Gemeinden wieder
das Recht zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommenssteuer zu
geben. Viele Gemeinden versprechen sich von einer solchen Rege-
lung eine finanzielle Besserstellung und manche interessierten
Kreise der Bevölkerung, insbesondere die Gewerbesteuerzahler er-
hoffen von einer derartigen Regelung in der Gemeindeverwaltung
eine grössere Sparsamkeit. Wenn die Beträge aus den Ueberwei-
sungssteuern auch erheblich hinter dem Einkommen ^{aus der Einkommenssteuer} der Vor-
kriegszeit zurückbleiben, so würde die Neuregelung unserer Ge-
meinden unter den gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Ver-
hältnissen keine Besserung, d.h. keine Erhöhung der Einnahmen
bringen. Für das vergangene Jahr und auch für das jetzt be-
gonnene Rechnungsjahr würde das Aufkommen aus den Zuschlägen
zur Einkommenssteuer jedenfalls ganz beträchtlich geringer sein,
als die Ueberweisungen aus den Reichssteuern.

Infolge der schlechten Wirtschaftslage und der gros-
sen Erwerbslosigkeit ist bei allen Gemeinden ein erheblicher
Rückgang bei dem Aufkommen aus den direkten Gemeindesteuern zu
verzeichnen. Wenn auch infolge der Erwerbslosigkeit zahlreiche
Anträge auf Stundung, vollständige oder teilweise Niederschlagung
der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer entsprochen werden musste,
so hat das Aufkommen aus der Grundvermögenssteuer doch am ehes-
ten die Etatsansätze erreicht. Grosse Ausfälle, insbesondere in
der Gemeinde Olpe-Land und Rhode sind bei der Gewerbesteuer zu
verzeichnen. Die Gemeinde Rhode hat bei dem Gewerbesteuergrund-
betrage nach dem Ertrage gegenüber dem Etatsansatz einen Aus-
fall von 823,50 RM. Da die Gemeinde Rhode 650 % Zuschläge er-
hebt, tritt allein bei dieser Steuer ein Ausfall von 5 352,75 RM
ein. Die Gemeinde Olpe-Land hat bei der Gewerbesteuer am Grund-
betrage einen Ausfall von 275,-RM. Dieser bedeutet bei Erhebung
von 450 % Zuschlägen einen tatsächlichen Ausfall von 1 237,50 RM.

Für

Für das kommende Rechnungsjahr werden die Gewerbesteuergrundbeträge in den Gemeinden unseres Amtes, sowohl beim Ertrage wie beim Kapital, infolge der ausserordentlich schlechten Wirtschaftslage und insbesondere auch infolge wesentlicher Milderungen der Gewerbesteuerverordnung ganz wesentlich niedriger sein, sodass eine Balanzierung der neuen Haushaltspläne sehr schwierig und nur unter starker Heranziehung der Grundvermögenssteuer möglich ist.

Im Berichtsjahre waren belastet in

	Kleusheim	Olpe-Land	Rhode
1. die Grundvermögenssteuer mit	650 % (650)	300 % (300)	460 % (450)
2. " Gewerbesteuer			
a) nach dem Ertrage "	700 % (700)	450 % (450)	350 % (475)
b) " " Kapital "	2000 % (1000)	1600 % (600)	1800 % (700)

Aus indirekten Steuern, Gebühren und Beiträgen sind in den Gemeinden des Amtes wesentliche Einnahmen nicht zu verzeichnen.

IX. Kassenwesen.

Es waren 36 Kassen zu verwalten und zwar :

1 Amtskasse, 3 Gemeindeskassen, 12 Ortskassen, 11 Jahrschaftskassen, 3 Konsortenschaftskassen, 1 Forstbezirkskasse, 5 Wiesengossenschaftskassen.

Die Gesamtzahl der Geschäftsvorfälle (Buchungen) beträgt rd. 25 000 mit einem Geldumsatz von 1 100 000 (975 000) RM.

Ferner waren für andere Behörden folgende Geschäfte zu erledigen:

1) die Ausschreibung, Erhebung und Ablieferung folgender Steuern und Abgaben :

a) Grundvermögenssteuer, (650 Steuerpflichtige mit einem Sollaufkommen von 8 824,92 RM;

b) Hauszinssteuer (250 Steuerpflichtige mit einem Sollaufkommen von 19 751,94 RM;

c) Feuersocietätsbeiträge (f.d. Westf. Prov. Feuersocietät)

0 Zahlungspflichtige mit einem Gesamtaufkommen von 12 000 RM);

d) Beiträge für die Westfälische Landwirtschaftliche

Berufsgenossenschaft (950 Zahlungspflichtige mit einem Sollaufkommen von 2 690,-RM) ;

e) Kreishundesteuer (230 Steuerpflichtige mit einem Gesamtaufkommen von 2 300,-RM);

f) Beiträge für die Handwerkskammer und die Landwirtschaftskammer (110 Zahlungspflichtige mit einem Gesamtaufkommen von 700,-RM;

g) Viehseuchenbeiträge (524 Steuerpflichtige mit einem Gesamtaufkommen von 1 042,-RM;

2) die Erledigung der Ersuchen auswärtiger

Behörden und Kassen um zwangsweise Betreibung rückständiger Steuern und Abgaben (es kommen 520 Einzelposten mit einem Umsatz von 5 300,-RM in Frage);

3) die Zahlung der Dienstbezüge an die Lehrpersonen

für Rechnung der Landesschulkasse(61 670,-RM).

Die Beitreibung der Steuerrückstände war infolge der

durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen wirtschaftlichen Notlage besonders schwierig. Es waren monatlich durchschnittlich

300 bis 400 Posten anzumahnen, während monatlich in rd. 100

Fällen zu Zwangsvollstreckung geschritten werden musste; im ganzen sind 167 Zahlungsverbote(Lohnpfändungen) erlassen worden.

Das Rechnungsergebnis wird sich voraussichtlich wie

folgt stellen :

Amtskasse Olpe.....	2 500,-RM	<u>Vorschuss</u>
Gemeindekasse Kleusheim	500,-"	<u>Bestand</u>
" Olpe-Land	13 000,-"	<u>Vorschuss</u>
" Rhode.....	4 000,-"	<u>Vorschuss</u>
		<u>X.</u>

-24-

X. Vermögens - und Schuldenverhältnisse.

In den Vermögensverhältnissen ist eine Aenderung nicht eingetreten. Ausser den Schulen und Schulgrundstücken sitzen die Gemeinden des Amtes nennenswertes Grundvermögen nicht.

Die seit dem Jahre 1924 aufgenommenen kurzfristigen Kredite des Amtes und der Gemeinden konnten im Berichtsjahre unter günstigen Bedingungen in ein langfristiges Darlehn bei der Landesbank zu 6 % Zinsen, $\frac{1}{4}$ % Verwaltungskostenbeitrag und 1 % Tilgung umgewandelt werden.

Das für das Amt aufgenommene langfristige Darlehn beträgt 45 000 RM. Der Schuldenstand der Gemeinden des Amtes ist aus folgendem ersichtlich :

	Gemeinde Kleusheim, Olpe-Land, Rhode		
1. Ablösungsschuld (Aufwertung)	1613 RM	514 RM	6820 RM
2. Langfristige Darlehn bei der Landesbank	16500	" 5800	" 19200
3. Darlehn aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge (Reich und Staat)	-	8600	" 24700
4. Kurzfristige Darlehn	-	17500	" 57600
Gesamtsumme	18113	" 32414	" 108320

Die Darlehen sind in den Jahren 1925 und 1926 aufgenommen und haben fast ausschliesslich zur Finanzierung von Notstandsarbeiten Verwendung gefunden.

Die schwere Wirtschaftskrise des vergangenen Jahres brachte den Gemeinden auf der einen Seite eine grosse Zahl von Erwerbslosen und damit eine starke Steigerung der Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge und Wohlfahrtspflege, auf der anderen Seite wie schon in Abschnitt III Ziffer 3 ausgeführt wurde, ein starkes Zurücksinken und Versiegen einer der wesentlichsten Steuerquellen, der Gewerbesteuer.

Für das Rechnungsjahr 1927 ist mit einer weiteren wesentlichen Verringerung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu rechnen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise treten bei der G

werbesteuerung

Gewer
Ersch
1926
dies
gang
höhu
de
Not
Re
zus

Aenderung
istücken b
ermögen ni
urzfristig
chtsjahre
lehn bed
rag und 1
arlehn be
Amtes ist
d, Rhode
6820 RM
19200 "
24700 "
57600 "
08320 "
26 aufge=
g von Not=
en Jahres
Zahl von
gaben für
deren Seit
ein stark
teuer=
iteren we=
steuer zu
bei der G
ER

Gewerbebesteuerung erst in diesem Rechnungsjahre voll in die Erscheinung, da der Veranlagung der Ertrag im Kalenderjahre 1926 zu Grunde gelegt wird. Die Gemeinden stehen also in diesem Jahre auf der einen Seite vor einem wesentlichen Rückgang der Einnahmen und auf der anderen Seite vor einer Erhöhung der Ausgaben, die zum grössten Teile in den Massnahmen des vergangenen Jahres, insbesondere in der Ausführung von Notstandsarbeiten begründet sind. Die Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1927 mussten deshalb unter den Gesichtspunkten äusserster Sparsamkeit aufgestellt werden.